

Stellen-Zuwachs in Amerika hat sich verlangsamt

pwe. WASHINGTON, 4. Februar. Am amerikanischen Arbeitsmarkt sind im Januar nur 36 000 Stellen neu entstanden. Ein Grund dafür war das harte Winterwetter. Der Stellenzuwachs lag nach Angaben des Arbeitsministeriums deutlich niedriger als der Durchschnitt der vergangenen Monate von 50 000 Stellen. Der zögerliche Zuwachs deutet auf eine weiter schleppende Erholung am Arbeitsmarkt hin.

Ein gänzlich gegensätzliches Bild zeigt die am Freitag vorgestellte Arbeitslosenquote, die im Januar von zuvor 9,4 auf 9 Prozent sank. Niedriger lag die Quote zuletzt im April 2009. Die Zahl der Arbeitslosen fiel nach der Umfrage im Januar um 600 000 auf 13,9 Millionen. Hinzu kommen rund 1 Millionen Arbeiter, die die Suche aufgeben haben, weil sie keine Arbeit finden konnten. Die Arbeitslosenquote wird in den Vereinigten Staaten durch eine Befragung privater Haushalte ermittelt, der Stellenaufbau dagegen durch eine separate Befragung von Unternehmen. Auf mittlere Frist weisen beide Befragungen üblicherweise in dieselbe Richtung, kurzfristig können sie voneinander abweichen.

Der Privatwirtschaft entstanden 55 000 Stellen, vor allem im verarbeitenden Gewerbe. In der Baubranche gingen 32 000 Stellen verloren, auch Kurierdienste meldeten große Beschäftigungsverluste. Dies deutet darauf hin, dass das scharfe Winterwetter einen maßgeblichen Einfluss hatte. Revidierte Daten für November und Dezember zeigten, dass die Beschäftigung um 40 000 Stellen höher lag als zuvor angenommen. Der Vorsitzende der amerikanischen Zentralbank, Ben Bernanke, hatte erst am Donnerstag von positiven Zeichen am Arbeitsmarkt gesprochen und auf die Absichten von Unternehmen verwiesen, Arbeitnehmer neu einzustellen. Bernanke sagte aber, dass der Rückgang auf ein normales Niveau Jahre dauern werde. (Der größte Gläubiger Amerikas, Seite 16.)

Heute



Zeolick: Es gibt klare Risiken

War die Hilfe für das autoritär regierte Ägypten richtig? Weltbankchef Zeolick über Ursachen und Gefahren der arabischen Proteste. Seite 12

Aufbegehren in Ägypten

Die Massen auf den Straßen sind das Misstrauensvotum der Jugend an die Eliten: Sie wollen einen höheren Lebensstandard und mehr Freiheiten. Die Lounge. Seite 13

Marmelade aufs Brot

100 Tonnen Früchte verarbeitet Deutschlands größter Konfitürenhersteller Schwartau jeden Tag. Dabei zeigt sich das Unternehmen erfinderisch im Kampf gegen die kochende Hausfrau. Seite 14

Erfolg mit Luxus

Der LVMH-Konzern hat die Krise hinter sich gelassen. Mit edlen Produkten verdienen die Franzosen so wie noch nie. 2010 erwirtschaftete der Konzern mehr als 3 Milliarden Euro Nettogewinn. Seite 14

Schöne Ferien

TUI Deutschland krepelt sein Urlaubsgeschäft um. Ein Strategie- und Wachstumsprogramm soll mehr Kunden anlocken und die Rendite erhöhen. Seite 15

Professionelle Fluchthelfer

Mittelständler expandieren auch in Schwellenländer wie Ägypten. Über ihre Sicherheit machen sie sich kaum Gedanken. Im Notfall helfen nun Profi-Berater. Seite 18



Weltreisende der Werbung

Alina Kessel führt seit kurzem die Berliner Werbeagentur DDB Tribal – die Karriere einer Weitgereisten. Beilage Beruf und Chance. Seite C3

Reaganomics wieder gefragt



Obamas Vorbild? Ronald Reagan wäre an diesem Sonntag 100 Jahre alt geworden. Amerika ehrt den „großen Kommunikator“, der auf dem Foto Werbung für das „General Electric Theater“ im Jahr 1958 macht. Die Wirtschaftspolitik des 40. Präsidenten der Vereinigten Staaten könnte die Blaupau-

se für Barack Obama werden, den 44. Präsidenten. Denn auch Reagan hat die Regierung übernommen, als die Wirtschaft in einer schlechten Verfassung war. Reagan sah den Staat als Problem, nicht als Lösung. Was die „Obamonomics“ von der „Reaganomics“ lernen kann. Seite 12. Foto: Interopics

Euro-Staaten beschließen Reformpaket

Aufstockung des Rettungsschirms / Merkel und Sarkozy werben für Wettbewerbsfähigkeit

hmk/nw. BRÜSSEL, 4. Februar. Die geplante Aufstockung und Neuausrichtung des europäischen Rettungsschirms soll schon im kommenden Monat beschlossen werden. Die Staats- und Regierungschefs des Euroraums verpflichteten sich am Freitag auf ihrem Gipfeltreffen in Brüssel dazu, im März konkrete Vorschläge zur Stärkung der Rettungsschirms vorzulegen, um die nötige Flexibilität und die finanzielle Leistungsfähigkeit zu garantieren. Diese sollen Teil eines Gesamtpakets sein, zu dem auch der von Frankreich und Deutschland vorgeschlagene „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ gehören soll. Weitere Bestandteile des Pakets soll die Einrichtung eines dauerhaften Krisenmechanismus sein, der nach dem Auslaufen des vorläufigen Rettungsschirms im Jahr 2013 greifen soll, und die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

Mit dem „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ wollen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy die Euro-Staaten auf eine engere Koordinierung ihrer Wirtschaftspolitik verpflichten. Dabei ist an politische Zusagen gedacht, die einmal im Jahr auf einem Sondertreffen überprüft werden sollen. Sanktionen sind vorerst nicht vorgesehen. Im Detail sollen die Euro-Staaten etwa zuzugewinnen, ihr Rentensystem an die demographische Entwicklung anzupassen, eine Schuldenbremse in der Verfassung zu verankern und ihre Löhne nicht an die Inflati-

onsentwicklung anzupassen, wie das derzeit in Portugal oder Belgien ist. Sarkozy und Merkel stellten klar, dass ihre Pläne nicht gegen andere EU-Staaten gerichtet seien, sondern der Stärkung aller Volkswirtschaften und damit dem europäischen Einigungsprozess dienten. Der Euro sei auch ein politisches Projekt.

Vor allem die Länder des Euro-Raums sollten mit dem Pakt enger zusammenwachsen. Deutschland und Frankreich arbeiteten „Hand in Hand“ daran, eine Ant-

„Es muss sichtbar werden, dass Europa den Anspruch hat, ein wettbewerbsfähiger Kontinent zu sein.“

Angela Merkel

wort auf die wirtschaftlichen Herausforderungen zu geben, denen sich Europa insgesamt stellen müsse, ergänzte Sarkozy. Über die Details des Pakets sollen die Staats- und Regierungschefs der 17 Mitgliedsländer des Euro-Raums auf einem Sondertreffen Anfang März sprechen. Der Vereinbarung könnten sich weitere Mitgliedstaaten der EU anschließen, so sie dies wünschten, sagte die Bundeskanzlerin. Sie widersprach dem Eindruck, der Pakt solle alle Länder des Euro-Raums in der Wirtschaftspolitik über einen Kamm scheren. Bei der Stärkung der Wettbe-

werbsfähigkeit solle jeweils das Land der Maßstab sei, das die besten Antworten auf die verschiedenen strukturellen Herausforderungen biete. Innerhalb eines Jahres müsse „an sehr konkreten Punkten“ erkennbar sein, dass die Beteiligten es ernst meinen. „Es geht darum, dass sichtbar wird, dass Europa den Anspruch hat, ein wettbewerbsfähiger Kontinent zu sein – zum Wohle der Menschen in unseren Mitgliedstaaten“, sagte Merkel.

In der Debatte um die Aufstockung des Rettungsschirms geht es genau genommen um die Erhöhung des Kreditvolumens, das die „European Financial Stability Facility“ (EFSF) vergeben kann. Sie ist mit nominell 440 Milliarden Euro größter Bestandteil des 750-Milliarden-Euro-Rettungsschirms und wird von den Euro-Staaten garantiert. Hinzu kommen 60 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt und 250 Milliarden Euro vom Internationalen Währungsfonds (IWF). Tatsächlich kann der EFSF aber nur knapp 250 Milliarden Euro vergeben, weil dessen Kredite überschuldet werden müssen, um ein „AAA“-Rating zu bekommen. Diese Summe reichte zwar selbst dazu aus, Portugal und Spanien zu versorgen, falls das nötig wäre. Dennoch soll die verfügbare Kreditsumme weiter erhöht werden, um die Märkte zu beruhigen. Zudem dringt etwa die Kommission darauf, die Konditionen für die Kreditvergabe abzuschwächen. Bisher ist dafür ein Rettungspaket mit strikten Sparauflagen unter Einbindung des IWF nötig. (Unionsfraktion stellt Bedingungen für Euro-Hilfen, Seite 12.)

EU will Energienetze ausbauen

Weniger Abhängigkeit von Russland / Kosten betragen 210 Milliarden Euro

hmk. BRÜSSEL, 4. Februar. Die Europäische Union will den Energiebinnenmarkt ausbauen und ihre Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen verringern. Die Staats- und Regierungschefs forderten die Europäische Kommission am Freitag bei ihrem Gipfeltreffen in Brüssel auf, bis Juni dieses Jahres konkrete Vorschläge für den Netzausbau und die öffentliche Finanzierung der Verbindungen vorzulegen, die für die Solidarität oder die Versorgungssicherheit wichtig sind.

„Der Binnenmarkt sollte 2014 umgesetzt sein, damit Gas und Strom frei fließen können“, heißt es im Beschluss der Staats- und Regierungschefs. Nach dem Jahr 2015 soll kein EU-Mitgliedstaat mehr von den Gas- und Stromnetzen der Gemeinschaft abgekoppelt sein. Momentan hängt etwa das Baltikum am russischen Netz.

Der Großteil der Kosten für den Netzausbau bis 2020 soll nach dem Beschluss des EU-Gipfeltreffens von privater Seite finanziert werden. Den Netzbetreibern sollten höhere Renditen von den nationalen Aufsichtsbehörden eingeräumt werden, um den Leitungsbau in Schwung zu bringen, heißt es. Dafür sollen die Durchleitungstarife so gestaltet werden, dass

sich für die Betreiber die Investitionen in riskantere Projekte wie die Anbindung von Windparks lohnten. Das aber bedeutet nichts anderes, als dass sich die Kosten für den Netzausbau am Ende wohl in höheren Strom- und Gaspreisen für die Verbraucher niederschlagen.

Die Kommission schätzt die Kosten für die Anpassung des Energienetzes an Herausforderungen wie den Ausbau der erneuerbaren Energiequellen und die Vollerfüllung des Binnenmarktes auf insgesamt 210 Milliarden Euro. Energiekommissar Günther Oettinger will dazu jährlich bis zu einer Milliarde Euro öffentlicher Mittel, vor allem aus dem EU-Budget, bereitstellen.

Die Abhängigkeit von Gaslieferungen aus Drittländern wie Russland wollen die EU-Staats- und Regierungschefs unter anderem durch die Verringerung des Energieverbrauchs senken. Verpflichtende Einsparziele, wie sie von verschiedenen Seite gefordert worden waren, sieht die Abschlusserklärung nicht vor. Die EU-Staaten haben 2007 nur unverbindlich zugesagt, den Verbrauch bis 2020 um 20 Prozent zu senken. Nun verpflichten sie sich, von 2012 an bei der Vergabe öffentlicher Aufträge hohe Effizienzstandards vorzuschreiben. Weiterhin sollen die Anbin-

dung an die Erdgasquellen am Kaspischen Meer, etwa durch das Pipelineprojekt Nabucco, und der Ausbau erneuerbarer Energiequellen die Energieversorgung sichern.

Die Mitgliedsländer sollen die Kommission von Anfang des kommenden Jahres an über alle neuen und bestehenden bilateralen Abkommen mit Drittstaaten informieren. Auch das zielt auf Russland, das in der Vergangenheit immer wieder versucht hat, die Geschlossenheit der EU in der Vertretung ihrer Energieinteressen durch Absprachen mit einzelnen Mitgliedern zu unterlaufen.

Auch ansonsten will die EU ihre Energieaußenpolitik enger abstimmen. Oettinger bezeichnete vor allem diese Beschlüsse nach dem Treffen als Durchbruch. Er werde beim Netzausbau der Beschleunigung der bisher viel zu langwierigen Genehmigungsverfahren besonderes Gewicht beimessen. Der Ratsvorsitzende Herman Van Rompuy sagte, die EU wolle „den Boden für ein nachhaltiges und Arbeitsplätze schaffendes Wachstum bereiten“. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte, für einen Kontinent wie Europa, der eine starke Wirtschaft haben wolle, sei eine eigenständige Energieversorgung von größter Bedeutung.

Ein Pakt für viele Ohren

Von Holger Steltzner

Das zweite Euro-Rettungsjahr soll besser kommuniziert werden. Denn unter dem ständigen Retten der Banken, des Euro, der Griechen, der Iren und anderer leidet der Ruf der EU. Nicht nur in den Geberländern sinkt die Zustimmung dramatisch. In Deutschland hat nur noch ein Viertel der Bevölkerung großes Vertrauen in die EU, die überwältigende Mehrheit von zwei Drittel vertraut Brüssel kaum oder gar nicht.

Vor dem aktuellen EU-Krisengipfel hat Angela Merkel zu Hause nicht wie, im letzten Jahr Stabilitätsversprechen abgegeben, deren Halbwertszeit überschaulbar waren. Diesmal setzt die Bundeskanzlerin auf einen kommunikativen Doppelschlag. Für innenpolitische Ohren ist der Name „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ bestimmt, mit dem sie die veröffentlichte Meinung hierzulande auf Kurs gebracht hat. Zwar weiß niemand so recht, wie mehr Wettbewerbsfähigkeit erreicht werden soll, aber Pakt klingt gut nach einem deutschen Reformplan. Für französische Ohren wird dasselbe Vorhaben als „Wirtschaftsregierung“ bezeichnet. Das ist ein alter Wunsch von Paris. Um Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy zu gewinnen, be-

steht Merkel nicht mehr darauf, dass eine Wirtschaftsregierung alle 27 EU-Staaten umfasst. Auch sie begnügt sich jetzt mit den 17 Euroländern. Das ist eine strategische Kehrtwende. Denn eine Wirtschaftsregierung ohne Briten, Skandinavier und Mittelosteuropäer ist weniger freiheitlich und marktwirtschaftlich, aber dafür stärker dirigistisch ausgerichtet.

Über Details des Pakts wurde nicht verhandelt, nachdem Frankreich schon Punkt eins (indexierter Lohn) für tabu erklärt hat. Das soll beim Schnüren des Gesamtpakets bis zum nächsten Krisen-Gipfel geschehen. Zum Paket gehören ein wiederbelebter Stabilitätspakt, die Vergrößerung des 750-Milliarden-Euro-Rettungsschirms und die Einführung eines unbefristeten Rettungsschirms. Die Ablenkung durch den „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ ist so groß, dass über die Aufstockung des Hilfsfonds und seine ständige Einrichtung öffentlich kaum noch gesprochen wird. Der Fonds soll sein Ursprungsvolumen ausschöpfen können, ohne die beste Bonitätsnote zu verlieren, was ohne Übertreibung nicht möglich ist. Also müssen weitere Garantien her, zwar von den sechs Geberländern mit Triple A. Das deutsche Risiko könnte sich so verdoppeln. Ob das ohne Zustimmung des Parlaments geht? Wie bringt man Abgeordnete dazu, dem steigenden Unmut im Wahlkreis zu trotzen? Vielleicht mit einem Pakt.

Ein Vorbild für Ägypten?

Worte und Taten in Indonesien / Von Christoph Hein, Singapur

Die Welt hofft, dass der Aufstand der Straße in den muslimischen Ländern Nordafrikas in einen friedlichen Demokratisierungsprozess mündet. Andersorts ist das gelungen: Indonesien, das bevölkerungsreichste muslimische Land der Erde, hat seinen Übergang zur Demokratie erfolgreich bewältigt. Und es ist unverletzt durch die große Krise der Weltwirtschaft gekommen, es besitzt Bodenschätze und einen Markt von gut 240 Millionen Menschen. Im Wettlauf von China und Indien, den beiden aufstrebenden Giganten Asiens, ist der Riese Indonesien lange Zeit übersehen worden.

Nach Jahren des Taumelns kehrt Garuda zurück. Ältere Rucksackreisende sind mit der staatlichen indonesischen Fluggesellschaft noch von Amsterdam aus zu den Stränden in Südostasien aufgebrochen. Die jüngeren kennen Garuda nur als verrottetes Unternehmen, das nach Unfällen seine Landeberechtigung in Europa verlor. Nun aber hat sich die nach dem sagenhaften Vogel benannte Linie neu erfunden. Sie plant einen Börsengang. Auch wenn der kleiner als erwartet ausfällt, könnte Garuda als Symbol für den Aufstieg Indonesiens taugen. Zumindest für das Börsenparkett stimmt das Bild. Aktien aus Jakarta haben 2010 so viel gewonnen wie kaum ein anderer Börsenplatz. Mit einem Plus von 46 Prozent war die Wachstumsrate die höchste unter den zehn größten Börsen Asiens.

Das kommt nicht von ungefähr. Das Wirtschaftswachstum Indonesiens betrug rund 6 Prozent. Bis zum Ende seiner Amtszeit 2014 will Präsident Susilo Bambang Yudhoyono einen Durchschnittswert von 6,6 Prozent erreichen. Der Haushalt ist gesichert, die Verschuldung gering. Gerade erst hat die Ratingagentur Moody's die Bonität Indonesiens auf den höchsten Stand seit der Asien-Krise 1997 heraufgesetzt. Das lässt aufhorchen, denn während der Asien-Krise stand das Inselreich vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Das Dominische Straus-Kahn, der Geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds, jetzt Fehler seiner Organisation in Indonesien während der Krise eingestanden, hilft dem Selbstbewusstsein.

In keinem anderen Land Asiens hat die Krise der Region vor zwölf Jahren auch politisch so tiefe Einschnitte hinterlassen. Das Suharto-Regime wurde weggefegt, mit Timor Leste spaltete sich ein Staat ab, die Aufbruchprovinz Aceh wurde befriedet. Das alles gelang zwar nicht ohne Blutvergießen. Gemessen an dem, was drohte, aber war es sehr wohl ein zahmer, fast friedlicher Übergang. Heute gilt Indonesien als stabil. Es ist Mitglied der G-20-Gruppe, sein Einfluss in Südostasien wächst wieder. Wie Indien in seinem Westen lernt Indonesien, auf der Klaviatur der Begehrlichkeiten seiner Nachbarn zu spielen: Im jeweiligen Tausch mit Rohstofflizenzen schließen die Indonesier voluminöse Han-

delsverträge mit China, Russland oder Indien ab. Amerika, gerade unter Präsident Obama, der ein paar Jahre in Jakarta zur Schule ging, wertet die drittgrößte Demokratie der Erde zusätzlich auf.

Diese Entwicklungen sind ermutigend. Der genauere Blick ernüchtert aber dann doch etwas. 6 Prozent Wachstum braucht Indonesien allein, um seinen Schulabgängern Arbeit anzubieten. In den Städten herrscht Unmut: Um mehr als 7 Prozent steigende Verbraucherpreise, getrieben von teuren Lebensmitteln, kann Indonesien allein kaum bekämpfen, aber sie sorgen für Aufregung. Bürokratie und ihre

Das größte muslimische Land hat den Übergang zur Demokratie bewältigt. Doch wächst der Unmut.

hässliche Schwester, Korruption, bieten kein Ventil. Auch hier verliert das Volk zunehmend das Verständnis für dreckige Machenschaften der Elite des Landes. Das betrifft auch die Arbeit der Regierung. Sicher ist Yudhoyono, der ehemalige General, der beste Ministerpräsident, den das Land in seiner kurzen Phase als Demokratie hatte. Aber ist er deswegen gut? Ihm fehlt Durchsetzungskraft und wohl auch der Wille, seine Ankündigungen wahr zu machen. In schlechter Erinnerung bleibt der erzwungene Abgang der anerkannten Finanzministerin Sri Mulyani Indrawati im vergangenen Jahr, nachdem sie einem der Milliardäre und Parteichefs zu nahe gekommen war.

Indonesien braucht eine Regierung, die auf den Fundamenten ihrer Vorgänger aufsetzt und das Land entschlossen voranbringt. Die Voraussetzungen sind gegeben. Der Wille der Parteien freilich ist zu bezweifeln. Auch Südostasien wartet darauf, dass seine größte Volkswirtschaft nicht nur mitschwimmt, sondern ein Vakuum füllt. Das muss bald geschehen. Denn so gut Indonesien derzeit dasteht, so fragil bleibt es. Religiöse und weltanschauliche Konflikte vermengen sich. Die Infrastruktur trägt das Wachstum nicht mehr. Yudhoyono hat Investitionen von 140 Milliarden Dollar versprochen – offen ist, woher das Geld kommt. Soll. Ein ganz überwiegender Teil der wirtschaftlichen Entwicklung geht einzig auf die hohen Preise für Rohstoffe zurück. Was aber, wenn die wieder sinken? Durch den hohen Zustrom „heißen“ Geldes aus dem Ausland bleibt Indonesien zudem verletzlich. Es wird weitere Kapitalverkehrskontrollen einführen.

Ohne die Erfolge schmälern zu wollen, müssen Investoren die Risiken im Kopf behalten. Sie bleiben hoch. Indonesiens Aufstieg wird nicht gradlinig verlaufen. Das Land hat noch einen langen Weg vor sich.

FIRMENINDEX	Seite	BP	14	Hypo Real Estate	17	Oracle	15	Roche	14	SKF	18
		Derby Cycle	20	J.P. Morgan Chase	19	P+S-Werten	15	Rosneft	14	Thomas Cook	15
		Deutsche Bank	20	Lanxess	16	Polbank	17	SAP	15	TNK-BP	14
Allianz	16	Deutsche Börse	19	Lehman Brothers	17	Provinzial Rheinland	16	Schuler	18	TUI Travel	18
Amprion	17	Ehrmann	17	LVMH	14, 18	RBI	17	Schwartauer Werke	14	Volvo	14
BASF	14	ENBW	16	Munich Re	20	Repower	15, 18	SEB	15	West LB	17
Beiersdorf	16	Huk-Coburg	16	Novozymes	16	Result Group	18	Sirona	17	Zentis	14

Im Gespräch: Robert Zoellick, Präsident der Weltbank

„Revolutionen können ungemütlich werden“

Die Welt schaut nach Arabien. Millionen protestieren in Ägypten gegen Präsident Hosni Mubarak, den die westliche Welt lange stark unterstützt hat – auch die Weltbank.

Herr Zoellick, war die jahrzehntelange Hilfe für autoritär regierte Länder wie Ägypten richtig?

Diese Länder hatten Fortschritte gemacht: Geringere Kindersterblichkeit, bessere Gesundheit der Mütter, auch die Armut ist gesunken. Aber die jungen Leute, ob ausgebildet oder nicht, haben keine Arbeit gefunden. Ein schlagendes Beispiel ist Südkorea. Es hat halb so viele Einwohner wie Ägypten, exportiert aber an einem Tag so viele Industriegüter wie Ägypten in einem ganzen Jahr. Die Wirtschaft hat also kaum Fortschritte gemacht. Und auch die Korruption hat die Menschen auf die Straße getrieben.

Die Weltbank hat zwar Bekämpfung der Korruption auf ihre Fahne geschrieben, die Zustände in Ägypten nicht angeprangert. Was ist schief gelaufen?

Wir haben im vergangenen Jahr einen Report über die Region verfasst, der mit Blick auf Korruption und Nepotismus nicht vorteilhaft ausgefallen ist. Doch Korruption ist ein weltweites Problem. Letztlich können wir nur die unterstützen, die sich für größere Transparenz einsetzen. Und natürlich haben wir besondere Verantwortung, unsere eigenen Programme frei von Korruption zu halten. Wir arbeiten aber in einem komplexen Umfeld. Wir können nicht nur dahin gehen, wo nichts dergleichen vorkommen kann.

Wie viel Geld bekommt Ägypten von der Weltbank?

Knapp 2,2 Milliarden Dollar im vergangenen Jahr. Das war aber überdurch-

schnittlich, in den vergangenen fünf Jahren gab es insgesamt knapp 5 Milliarden Dollar.

Hat die Weltbank die Lage in Arabien falsch eingeschätzt?

Niemand konnte die Entwicklung in Tunesien und Ägypten voraussehen. Ich weiß auch nicht, welches Land als nächstes kommt. Wir können nur bei der Modernisierung helfen. In Ostasien ist das gut gelungen; Wirtschaftsreformen haben dort eine Mittelschicht geschaffen. Meine Hauptsorge ist nun, dass wir einer neuen reformwilligen Regierung nicht schnell genug helfen können.

Warum nicht?

Große Organisationen wie die Weltbank stehen in der Kritik, zu langsam zu reagieren. In Tunesien muss die Übergangsregierung schon mit einer Herabstufung der Kredite leben. Sie muss Nahrungsmittel und andere Importe bezahlen. Es wäre eine Tragödie, wenn wir den günstigen Moment verpassen und eine Regierung, die Reformen plant, weggefegt würde, weil sie kein Zugang zu den notwendigen Finanzen hat. Ich glaube, Tunesien hat bessere Chancen als Ägypten. Dort ist es sehr unsicher.

Wie kann die Weltbank jetzt helfen?

Wir müssen jedes Land für sich betrachten. In Tunesien sind wir schon in Kontakt mit der Übergangsregierung. Wir versuchen, bei der Rückführung gestohlener Vermögen zu helfen. Wir bemühen uns, die finanzielle Situation zu klären. Die hohen Nahrungsmittelpreise könnten ein Problem werden. In Ägypten bin ich jetzt erst einmal damit beschäftigt, unsere Leute in Sicherheit zu bringen.

Haben die Unruhen in der Region negative Folgen für die Weltwirtschaft?

Ich schaue lieber auf die positiven Möglichkeiten, aber es gibt klare Risiken. Der Ölpreis steigt, der Suez Kanal ist gefährdet. Revolutionen können ungemütlich werden.

Der Ökonom Nouriel Roubini warnt, die arabischen Proteste könnten die Erholung der westlichen Industrieländer ge-



Robert Zoellick

Foto Matthias Lüdecke

fährden und in den Schwellenländern zur Überhitzung führen. Ist diese Sorge übertrieben?

Es gibt diese Gefahren, aber sie rühren nicht von den arabischen Straße her, sondern von den grundlegenden Ungleichgewichten der Weltwirtschaft. Das größte Problem vieler Entwicklungsländer ist die Überhitzung, die Inflation, Vermögenspreislagen und damit das Risiko eines Platzens. Gleichzeitig hat Amerika nur ein geringes Wachstum, das nicht reichen könnte, um die Arbeitslosigkeit abzubauen. Die Regierung muss mit der großen Schuldenwelle fertig werden. Ich gehe aber nicht so weit wie Roubini. Doch wir arbeiten sehr eng mit unseren Partnern in den Entwicklungsländern zusammen, um Überhitzungen zu vermeiden.

Wo setzen Sie an?

Vor allem die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise ist besorgniserregend.

Welche Rolle spielt die Spekulation?

Das ist sehr schwer zu beurteilen. Es gibt viele Untersuchungen, aber kein klares Ergebnis. Oft hilft Spekulation Bauern, Preisschwankungen auszugleichen. Aber wir beobachten jetzt vor allem einen dauerhaften Anstieg der Nachfrage, nicht zuletzt nach höherwertigen Lebensmitteln. Mehr Fleisch erfordert noch mehr Getreide. Ein Teil des jüngsten Preisanstiegs geht auch auf das Wetter zurück. Anders als 2008 sind die Vorräte größer, allerdings nicht überall. Preisdämpfung wirkt zum Teil der schwache Dollar. Trotzdem: Es gibt natürlich auch wenig Luft. Rund 900 Millionen Menschen ha-

ben kaum Möglichkeiten, genug Geld für ihre Ernährung aufzubringen. Deswegen habe ich darauf gedrängt, dass die Gruppe der zwanzig wichtigsten Wirtschaftsnationen die Lebensmittelpreise ganz oben auf die Tagesordnung setzt.

Was können Sie tun?

Es geht um zwei Dinge: die Preisschwankungen und die Produktionsbedingungen. Um die starken Schwankungen zu verhindern, wäre es hilfreich, wenn wir mehr Information über die Nahrungsvorräte hätten. Wir müssen zudem Exportverbote verhindern. Wir brauchen auch bessere Wettervorhersagen und größere Vorräte in den Ländern, in denen die Wahrscheinlichkeit von Knappheit groß ist. Man kann die Finanzmärkte auch nutzen, um Schocks zu vermeiden.

Das betrifft die Preisschwankungen. Aber wie wollen Sie dafür sorgen, dass mehr produziert wird?

Wir müssen kleinen Farmern praktisch helfen. Wir betrachten die ganze Wertschöpfungskette: Eigentumsrechte, Bewässerung, Samen, Dünger, Lagerhaltung. Die Hälfte der Produktion geht auf dem Weg zum Markt verloren. Wir brauchen private Investoren, doch sie verlangen, dass wir Anfangsrisiken mittragen.

Warum profitieren die Bauern in vielen Gegenden nicht von höheren Preisen?

Wir brauchen noch eine Revolution: Wir müssen kleinen Bauern helfen, mit Risiken umzugehen. Wir arbeiten daher an einer Mikroversicherung.

Viele Banken, die Mikrokredite anbieten, stehen gerade mächtig unter Druck.

Bevor es sie gab, hatten wir Geldverleiher, die 80 bis 90 Prozent Zinsen verlangten. Mikrofinanzierung hat diese Wucherer überflüssig gemacht. Das ist aber nur ein Teil der Lösung. Für die armen Leute auf dem Land ist es genauso wichtig, dass sie ihre Produkte auf den Markt bringen können. Doch daran hapert es viel zu oft; viele sind vom Handel abgeschnitten.

Kann das, was in Ägypten passiert, sich in China wiederholen?

Chinas Erfolg auch in der Armutsbe-

kämpfung ist so groß, dass das ägyptische Szenario nicht wahrscheinlich ist. China wird Schwierigkeiten bekommen, aber es ist beeindruckend, dass die Chinesen versuchen, Hilfe zu bekommen. Es geht darum, das Gleichgewicht herzustellen und die Binnennachfrage zu stärken. Noch wächst Chinas Wirtschaft um 10 Prozent im Jahr. Das verdeckt viele Probleme. Würde China nur noch 5 Prozent wachsen, was aus europäischer Sicht sehr viel wäre, würden plötzlich viele Dinge nicht mehr so gut aussehen. Es gibt Projektionen, nach denen es in China immer steil nach oben weiter geht. Doch die Erfahrung der letzten fünfzig Jahre lehrt, dass dies nicht sehr wahrscheinlich ist. Zugleich entsteht mit dem Fortschreiten der wirtschaftlichen Entwicklung eine wachsende Mittelschicht, die unabhängig ist von der Regierung. Das öffnet ein Land.

Noch ein kurzer Blick nach Europa. Hat der Euro eine Zukunft?

Ich habe den Euro immer als politisches Projekt gesehen. Ökonomen haben aber zu recht gesagt, dass das möglicherweise nicht reicht, wenn die ökonomischen Fundamente nicht stimmen. In den kommenden Wochen wird man die Probleme angehen; Deutschland spielt eine Schlüsselrolle. Die Herausforderung liegt darin, das starke politische Bekenntnis zum Euro auf ein starkes ökonomisches Gerüst zu setzen.

Muss man Griechenland und Irland umschulden?

Schon vor einem Jahr habe ich gesagt, dass Griechenland Mühe haben wird, auf die Beine zu kommen, wenn es die Schulden nicht restrukturiert. Sie müssen aber auch ihre Wirtschaft wettbewerbsfähig machen.

Was ist wichtiger: Transfers oder ein Pakt für Wettbewerbsfähigkeit?

Man braucht beides. Finanztransfers verhindern den Zusammenbruch. Auf längere Sicht geht es aber um die Wettbewerbsfähigkeit.

Das Gespräch führten Heike Göbel und Manfred Schäfers.

Obama versucht ein klein wenig Reaganomics

Die Republikaner feiern den 100. Geburtstag von Ronald Reagan / Von Patrick Walter

WASHINGTON, 4. Februar. Über das Örtchen Simi Valley in Kalifornien wird an diesem Sonntag eine Flugzeugstaffel hinwegbrausen und 21 Salutböller werden an der Präsidentenbibliothek erklingen. Gefeierte wird der 100. Geburtstag des 2004 verstorbenen 40. Präsidenten der Vereinigten Staaten, Ronald Reagan. Die Beach Boys werden zu seinen Ehren aufspielen. Vor dem Football-Großereignis Super Bowl wird im Stadion in Dallas ein Gedenkvideo gespielt. Die Post bringt eine – zweite – Sonderbriefmarke mit Reagans Antlitz heraus. Akademische Konferenzen und andere Festlichkeiten werden das ganze Jahr an das Jubiläum erinnern. Hauptsponsor der Feierlichkeiten ist General Electric (GE), in dessen Diensten der Schauspieler in den fünfziger Jahren als Moderator der sonntäglichen Fernsehschau „General Electric Theater“ auftrat und als Marken-Botschafter durch das Land zog.

Die Demokraten halten zu den republikanischen Feiern Abstand. Doch die Faszination des „großen Kommunikators“ strahlt auf seinen Nachfolger Barack Obama, Präsident Nummer 44, aus. Im Weihnachtssurlaub auf Hawaii hatte Obama eine Reagan-Biographie dabei. Den Reagan-Fan Jeffrey Immelt, den Vorstandsvorsitzenden von GE, macht er zum Vorsitzenden seines neuen Beratergremiums für Wettbewerbsfähigkeit. Die Zeitschrift „Times“ titelt: „Was Obama an Reagan mag“. Obama strebt an, wie Reagan als ein Präsident der Transformation in die Geschichte eingehen, als jemand, der den Vereinigten Staaten einen neuen Weg gewiesen hat. Wie Reagan von 1981 bis 1989 will er Amerika nach der Krise neues Selbstbewusstsein und Wachstumskraft geben. Und auch ein wirtschaftspolitischer Wandel ein wenig hin zu Reagan deutete sich zuletzt an. Der Präsident spricht nicht mehr von fehlender Nachfrage, sondern von Wettbewerbsfähigkeit und Hemmnissen für die Wirtschaft. Er

hat eine Unternehmenssteuerreform vorgeschlagen, die sich im Kern an Reagans zweiter Reform von 1986 orientiert: Niedrigere Steuersätze gegen weniger Ausnahmen. „Obama ist seit der November-Wahl entschieden in die politische Mitte gerückt und ist freundlicher zu Unternehmen“, sagt der Politologe Darrell West von der Brookings Institution. „Er hat den Steuersenkungen für die Reichen zugestimmt. Das hätte er vor zwei Jahren noch nicht gemacht.“

Parallelen zwischen den beiden Präsidenten sind offensichtlich. Beide traten ihr Amt nach einem politischen Umbruch in einer schweren Rezession an. Die Arbeitslosenquote liegt heute knapp unter 10 Prozent, in den ersten Reagan-Jahren stieg sie auf 10,8 Prozent. Beide Präsidenten erlebten nach zwei Jahren ihrer Amtszeit bei der Kongresswahl eine herbe Niederlage. Beide sind sehr beliebt, obwohl ihr Stil sehr unterschiedlich ist. Der intellektuelle Obama doziert rational-kühl, während Reagan mit Witz und Wärme die Menschen gewann. Reagan wurde 1984 überwältigend für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Ihm nutzte damals, dass die Wirtschaft mit Wachstumsraten von bis zu 7,1 Prozent mit Gewalt aus der Rezession herausfand. Die Arbeitslosenquote fiel von 10,8 Prozent im Winter 1982/1983 bis zur Wahl 1984 auf immerhin 7,2 Prozent. Obamas Problem ist, dass kein Ökonom bis 2012 einen solchen Aufschwung prognostiziert. Seine keynesianisch-nachfrageorientierte Politik staatlicher Mehrausgaben hat bislang nicht oder nicht hinreichend gewirkt.

„Reagan verfolgte eine konsistente Politik des Wachstums und des Endes der Inflation“, sagt der Ökonom Alan Meltzer, der Reagan außerhalb der Regierung als Berater diente. Obama habe diese nicht. In seiner Rede zur Lage der Nation habe der Präsident wenige Minderausgaben im Sozialen versprochen, vor allem aber mehr Geld für Innovation, Hochge-

schwindigkeitszüge und anderes gefordert. Obamas sind von Reaganomics noch weit entfernt. Reagan sah den Staat als Problem und nicht als Lösung. Obama will den Staat effizienter machen. Obama setzt auf industriepolitischen Anschlag zur Wettbewerbsfähig-



Ronald Reagan 1983

Foto Barbara Klemm

keit. Reagan setzte auf das Eigeninteresse und die Selbstverantwortung der Menschen.

Reagans angebotspolitische Revolution stand auf vier Säulen: Niedrigere Steuern, Deregulierung, weniger Staatsausgaben und eine harte Disinflationspolitik. Er ließ dem noch von seinem Vorgänger James „Jimmy“ Carter berufenen Fed-Vorsitzenden Paul Volcker freie Hand und Unabhängigkeit. Volker zwang die Wirtschaft in eine Anpassungsrezession, um Amerika die Inflationsmentalität auszu-

treiben. Die Teuerungsrate sank von 13,2 Prozent 1980 auf 3,2 Prozent im Jahr 1983. „Reagan etablierte die Regel, dass das Weiße Haus die Fed nicht kritisiert“, sagt Douglas Holtz-Eakin, Ökonom und früherer Berater des Republikaners John McCain, der 2008 gegen Obama unterlag. Die jetzige Regierung rede „viel zu viel“ über die Fed. 1981 setzte Reagan nicht nur seine Steuerreform durch, bei der alle Einkommensteuersätze fielen – der Spitzensteuersatz sogar von 70 auf 50 Prozent. Er kürzte auch die diskretionären Staatsausgaben – ohne Verteidigung – schon im ersten Amtsjahr real, also unter Berücksichtigung der Inflation, um 14,4 Prozent. Obamas Interesse fokussiert aber stärker auf die zweite große Steuerreform von 1986. Damals entschlackte Reagan das Steuersystem; der Spitzensatz der Einkommensteuer sank von 50 auf 28 Prozent. Der föderale Unternehmenssteuersatz fiel von 46 auf 34 Prozent; im Gegenzug fielen fast alle Ausnahmenregelungen. Die Reform war im Großen und Ganzen aufkommensneutral. Dieses Modell hat Obama ins Auge gefasst. Holtz-Eakin ist skeptisch. Eine Reform sieht er frühestens nach 2012: „Es gibt viel fröhliches Gerede über eine Steuerreform, aber so etwa braucht sehr viel Zeit.“ Reagans Bilanz ist nicht makellos. Wegen der drastisch steigenden Verteidigungsausgaben lief die Haushaltspolitik aus dem Ruder. Reagan drückte das Defizit von 6 Prozent im 1983 auf bis 1989 auf 2,8 Prozent. Den versprochenen Budgetausgleich schaffte er nicht. Die Schuldenlast stieg – gemessen an der Wirtschaftsleistung – in den Reagan-Jahren von 32,5 auf 53,1 Prozent; heute sind es mehr als 90 Prozent. Heutigen Tea-Party-Gängern trieben Reagans Schulden die Tränen in die Augen. Doch Obamas Verfehlungen haben eine noch andere Größenordnung. In diesem Haushaltsjahr macht der Präsident knapp 1,5 Billionen Dollar Staatsschulden. Das Defizit steigt von 8,9 auf 9,8 Prozent des BIP.

Koch-Institut wird mächtiger

Das Robert-Koch-Institut, die zentrale Einrichtung der Bundesregierung zur Krankheitsüberwachung und Prävention, soll in Zukunft mehr Einfluss auf die Hygienezustände in deutschen Kliniken bekommen. Das geht aus dem Referentenentwurf für das Krankenhaushygieneengesetz vor, der dieser Zeitung vorliegt. Geplant ist eine neue Kommission namens „Antonieffektive Resistenzlage und Therapie“, die beim Robert-Koch-Institut angesiedelt sein soll. Zusammen mit der schon bestehenden „Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention“ soll sie Empfehlungen aussprechen. Diese Empfehlungen sollen anders als bisher eine höhere Verbindlichkeit haben. rike.

Union will Regeln für Euro-Hilfen

Vize-Fraktionschef Meister: Solidarität keine Einbahnstraße

BERLIN, 4. Februar. Die Unionsfraktion knüpft deutsche Hilfen für Euro-Länder mit Schuldenproblemen an Bedingungen. Dazu gehören eine Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, nationale Schuldenregeln und die Befreiung der Europäische Zentralbank von dem Druck, Marktpflege zu Gunsten von Staatspapieren zu treiben. „Wir sind zu europäischer Solidarität bereit. Sie darf aber keine Einbahnstraße sein“, heißt es in einem Positionspapier, das der stellvertretende Vorsitzende Michael Meister verfasst hat und die Fraktion nächste Woche beschließen soll. „Unser Ziel ist ein stabiler Euro in einem Europa, das ohne neue Transferinstrumente zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraum weiter zusammen wächst“, heißt es.

Eine konkrete Aussage zum Volumen des Euro-Rettungsschirms findet sich in dem Konzept nicht. Aber wie Meister dieser Zeitung sagte, könne es allenfalls darum gehen, auf die ursprünglich vorgesehene Summe von 750 Milliarden Euro zu kommen. In diesem Zusammenhang stellte er klar: „Es kann nicht sein, dass nur die Länder mit der geringsten Ausfallrisiko, also dem AAA-Rating, in Haftung genommen werden. Auch die anderen müssen dann etwas liefern.“ Sie könnten beispielsweise eine Bareinlage leisten.

Tarifverhandlungen der Länder haben begonnen

BERLIN, 4. Februar. Die erste große Tarifrunde des Jahres hat begonnen. Am Freitag trafen sich die Gewerkschaften und Arbeitgeber zu ersten Gesprächen über einen neuen Tarifvertrag für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder. Die Gespräche wurden aber schon nach kurzer Zeit auf den 24. Februar vertagt. Die Gewerkschaften fordern eine Anhebung der Löhne und Gehälter um 5 Euro und ein zusätzliches Plus von 3 Prozent. Außerdem wollen sie eine Entgeltordnung vereinbaren, denn noch gilt für die Beschäftigten der Länder ein Provisorium, nach dem sie in das Tarifwerk des öffentlichen Dienstes einsortiert werden. Die Gewerkschaften wollen auch eine verpflichtende Übernahme von Auszubildenden für mindestens zwei Jahre erreichen. Die Länder halten diese Forderungen angesichts ihrer Haushaltslage und der Schuldenbremse für überzogen. Der Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring (CDU), sagte: „Geld haben wir keins, und das werden wir jetzt deutlich machen.“ Die Arbeitnehmervertreter weisen hingegen auf die steigenden Wachstumszahlen und die damit verbundenen höheren Steuereinnahmen für die Länder. „Es ist an der Zeit, dass die Beschäftigten der Länder am Aufschwung teilhaben“, sagte Verdi-Chef Frank Bsirke.

Länder mit geringerem Defizit

Länder mit zu hohen Defiziten sollten sich auf „quasi-automatische“ Sanktionen einstellen.

Die Länder mit zu hohen Defiziten sollten sich auf „quasi-automatische“ Sanktionen einstellen. Diese dürften nur mit qualifizierter Mehrheit vom Rat abgelehnt werden, heißt es in dem Konzept. Darin wird auch Ländern, die einen höheren Schuldenstand als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts haben, mit Sanktionen gedroht. „Je weiter er den Schwellenwert übersteigt, desto zügiger muss er abgebaut werden“, heißt in dem Konzept. „Es macht nur Sinn, wenn es sanktionsbewehrt ist“, sagte Meister. Ein Land, das wie Italien über dem Schwellenwert liege, müsse verpflichtet werden, einen Abbaupfad einzuleiten. „Wenn es sich nicht daran hält, muss etwas geschehen“, meinte er. Die Länder müssten begreifen, dass es nicht weitergehen könne wie bisher.

Im Konzept gibt es Bekenntnis zu einer Finanzmarktsteuer. Die Bundesregierung hat schon Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer von 2012 an eingeplant. „Die 2 Milliarden Euro müssen kommen. Wir setzen nach wie vor auf eine europäische Lösung“, betonte Meister. Damit widersprach er Berichten, nach denen die Unionsfraktion erwäge, eine Finanztransaktionssteuer zunächst nur in Deutschland, Frankreich und Österreich einzuführen, wenn sich die übrigen EU-Länder dagegen sperrten.

Kurze Meldungen

Tunesien erhöht die Zinsen

Erstmals seit gut zwei Jahren hat die Zentralbank Indonesiens die Zinsen erhöht. Sie folgt damit anderen Währungshütern der Region von China bis Indien, die die Zügel anziehen, um die hohe Teuerung zu bremsen. Im Januar stiegen die Verbraucherpreise in der größten Volkswirtschaft Südostasiens im Jahresvergleich um 7,02 Prozent. Das obere Ende des Zielkorridors der Notenbank liegt bei 6 Prozent. Nun hat sie den Zinssatz um einen Viertelprozentpunkt auf 6,75 Prozent angehoben. Die hohe Inflationsrate trifft vor allem die Armen in Asien: In Indonesien leben rund 30 Prozent der 242 Millionen Menschen von weniger als 2 Dollar am Tag. Auf der anderen Seite haben die

Währungshüter Sorge, dass zu hohe Zinsen Spekulationsgelder anziehen. Analysten erwarten, dass die Bank Indonesia zwei weitere Zinsschritte den kommenden Monaten vornimmt. che.

BGH warnt vor Überlastung

Der Präsident des Bundesgerichtshofs, Klaus Tolksdorf, fürchtet eine Überlastung seines Gerichts durch die geplante Reform der Zivilprozessordnung (ZPO). „Das Gericht braucht dann dringende Entlastung“, sagte Tolksdorf bei seinem Jahrespresseempfang in Karlsruhe: „Man sollte ein Schiff nicht beladen, bis es untergeht.“ Die Bundesregierung will, wie mehrfach berichtet, die Möglichkeit der Obergerichte einschränken, aus-

sichtslos erscheinende Rechtsmittel gegen Gerichtsurteile ohne mündliche Verhandlung zu verwerfen. Vielmehr soll eine Beschwerde dagegen beim Bundesgerichtshof erlaubt werden, wenn der Wert des Rechtsstreits mindestens 20 000 Euro beträgt. Tolksdorf befürwortete zwar diese Neuregelung. Auch sei eine Aufstockung der Richterstellen keine Lösung. Er hält aber stattdessen eine Anhebung dieser auch in anderen Regelungen enthaltenen Wertgrenze für erforderlich. Keine spürbare Entlastung der Justiz erwartet der Präsident von geplanten Erleichterungen der einvernehmlichen Streitschlichtung: Die überwiegende Zahl der Streitfälle eigne sich nicht für eine Mediation. ja.